



Die Invalidenversicherung wird zum Loch der Löcher

Das Bundesamt plant eine zweite Erhöhung der IV-Beitragsätze

Gegen eine Milliarde Franken Defizit wird die Invalidenversicherung (IV) Ende Jahr ausweisen. Die vor dem Parlament liegende Erhöhung der Beitragsätze mit Mehreinnahmen von 450 Millionen Franken reicht nicht einmal aus, die für 1995 erwarteten roten Zahlen wegzuputzen. Also wird die nächste Beitragsrunde vorbereitet.

Urs Paul Engeler

Bemerkenswert lakonisch wurden dieser Tage die Halbjahreszahlen der Sozialwerke AHV, IV und Erwerbsersatzordnung (EO) in die Zeitungsspalten gerückt, dabei sind zwei der Zwischenergebnisse alarmierend: 164 Millionen minus für die AHV und ein gigantisches 560-Millionen-Defizit in der Kasse der Invalidenversicherung! Zwar darf dieses Subtotal nicht linear auf ganze Jahr hochgerechnet werden, doch die (traditionell eher vorsichtigen) Schätzungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) verheissen nur wenig Besseres. Werner Gredig, Sektionschef Mathematik AHV/IV/EO, erwartet per Ende Jahr zwar eine wiederum positive AHV-Bilanz mit einem Überschuss von noch etwa 600 Millio-

nen Franken (was immerhin eine Verschlechterung von fast 400 Millionen gegenüber den BSV-Prognosen vom Juni ist), doch er befürchtet ein Riesenloch von gegen 700 Millionen Franken beim diesjährigen IV-Abschluss.

Nachdem bereits letztes Jahr nicht nur alle Reserven aufgezehrt, sondern Schulden von 180 Millionen Franken angehäuft wurden, werden sich die IV-Fehlbeträge Ende Dezember zur Summe von annähernd 900 Millionen Franken kumuliert haben. Ursache für den fast ungebremsten Rutsch ins Rote ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt; Invalide sind erste Opfer der

Rezession, gesundheitlich angeschlagene Dauerarbeitslose werden von der Arbeitslosenversicherung der IV überstellt.

Das von Bundesrat und Parlament entwickelte Rezept gegen diese dramatische Entwicklung kann jedoch keine nachhaltige Wirkung entfalten.

Im Herbst wird die kleine Kammer wohl dem Nationalrat folgen und die jetzigen Lohnabzüge von 1,2 auf 1,4 Prozent anheben. Damit flössen ab 1995 jährlich 450 Millionen Franken mehr in die IV-Kasse. Doch diese neuen Mittel werden nicht einmal die laufenden Defizite beseitigen geschweige denn die Altlasten ausgleichen können.

Der Faktor Arbeit wird um 225 Millionen teurer

Noch bevor diese Revision überhaupt durchberaten oder gar in Kraft ist, plant das BSV bereits eine neue dringliche Botschaft ans Parlament mit der Bitte um zusätzliche Stützen für die schwer angeschlagene Versicherung. «Spätestens ab 1996 müssen wir ein weiteres Lohnpromille abschöpfen», kündigt der BSV-Beamte Werner Gredig neue Belastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber an. Um 225 Millionen Franken wird der Faktor Arbeit so verteuert. (Die laufende Erhöhungsrunde dagegen ist für Wirtschaft und Lohnbezüger neutral, werden die zwei Promille doch bei der florierenden EO eingespart.)

Stabil, wie von Bundesrätin Ruth Dreifuss beschworen, zeigt sich auf den ersten Blick die AHV. Der erwartete 1994er Überschuss wird die Reserve auf scheinbar stolze 23,9 Milliarden Franken anschwellen lassen. Die Sicherheit allerdings ist trügerisch: Trotz dem nochmals erhöhten Vermögen werden die gesetzlichen Bestimmungen über den Ausgleichsfonds schon geritzt; er rutscht wieder unter die geforderte Limite einer vollen AHV-Jahres-

tranche. In zwei Wochen wird der Bundesrat gemäss festgeschriebenen Automatismen (ein Mischindex zwischen Teuerung und Lohnentwicklung) die Renten um knapp vier Prozent erhöhen, was die Ausgaben für 1995 auf bereits über 24,8 Milliarden Franken oder 4 Prozent über die Reserve ansteigen lässt.

Die AHV deckt nur noch 90 Prozent der Leistungen ab

Absehbar ist, dass diese Unterdeckung nicht momentan ist, sondern gesetzeswidrige Zukunft der ersten Säule wird. 1999 beispielsweise, rechnet das BSV vor, wird die erste Säule gut 31,5 Milliarden Franken kosten, das Kapitalkonto jedoch nur 28,3 Milliarden betragen: Die Reserve kann – bevor die völlig ungesicherten Jahre nach 2000 beginnen und der Fonds angezapft werden muss – dannzumal also nur noch 90 Prozent einer Jahresleistung abdecken.